



Peter Gomm, Regierungsrat

## Politik im Schaufenster

Ach, wie wunderbar ist es doch für viele, sich morgens beim Kaffee in der Tages- oder Sonntagspresse zu sehen. Oder noch besser: Gleich nach der Hitparade mit dem Primeur des Tages im Radio gehört zu werden oder im vollen Scheinwerferlicht des Fernsehens die Tagesaktualitäten zu zieren. Ein verstorbener schweizerischer Staatsmann hat mir einmal gesagt, er geniesse das Bad in der Menge. Es sei auch so, dass jeder Politiker oder jede Politikerin ein gerütteltes Mass an Narzissmus mit sich bringen müsse, damit sie die Menschen erreichen und selbst glücklich sind. In der Tat ist es so, dass Politik im stillen Kämmerlein wenig bewegt. Jedenfalls nicht in der Demokratie. Applaus? Ja gerne! Ob Mann oder Frau auch noch einen Adrenalinstoss beim Betrachten des eigenen Bildes oder mitten im Zuschauerjubiläum haben müssen, möge dahingestellt bleiben. Wenn es uns ernst damit ist, dass die Bevölkerung zu wichtigen Fragen das letzte Wort hat, so muss auch der mediale Transport zu den Menschen erfolgreich stattfinden können.

Alles «in Butter» also, wenn möglichst viele Medienauftritte erfolgen und häufig über Themen berichtet wird?

Mitnichten. Die Rahmenbedingungen für die mediale Berichterstattung haben sich in den beiden vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Die Zeitungsverlage stehen unter enormem Druck. Das ist nicht erst seit der Finanzkrise der Fall, die die Konzentrationsprozesse nochmals beschleunigt hat. Als letztes Beispiel einer Zeitung mit langer Tradition ist die Solothurner Zeitung zu erwähnen, die nach einem mehrjährigen «Joint-venture» mit den AZ-Medien im letzten Jahr

### BUCHTIPP

#### Spiegelungen der Macht

Knapp Verlag, Olten  
Hrsg. Bruno Rütsch und  
Albert Meyer  
mit Beiträgen u. a. von  
Peter Bichsel, Ulrich Knellwolf,  
Alex Capus, Maya Hertig,  
Rhaban Straumann, Franz  
Hohler, Peter Gomm.

ganz übernommen wurde. Mit dem Produktionsdruck geistern auch Meinungen in den höchsten Etagen von Redaktionen und Verlagen herum, die politische Berichterstattung müsse süffiger, unterhaltsamer und mit einer auf den Kopf fokussierten Optik erfolgen. Letzteres mag angehen, weil Politik schon immer durch «Köpfe» geprägt wurde. Die politischen Köpfe an der Spitze müssen bei der Bevölkerung auch dasjenige Vertrauen schaffen, das die Bevölkerung dazu bringt, zu einer Vorlage nicht nur aufgrund einer Stimmungslage ein «ja» oder «nein» in die Urne zu legen. Darum braucht es gelegentlich auch einen Kopf auf der Frontseite. Die Zuspitzung und Überzeichnung der politischen Berichterstattung, auch «Polit-Boulevard» genannt, vermindert jedoch die Chancen, dass die politischen Themen ungefiltert und sachgerecht bei den Menschen ankommen und sie in der Meinungsbildung unterstützen. «Good News» sind zudem selten eine Meldung wert, während man sich von «Bad News» grössere Auflagenstärken erhofft.

Übertreibungen sollen emotionalisieren. Die Demokratie hat den Schaden. Während Radio und Fernsehen einen gesetzlichen Informationsauftrag haben, dessen Einhaltung durch unabhängige Instanzen überprüft und im Gegenzug mit Gebühren entschädigt wird, ist dies bei der gedruckten Presse nicht der Fall. Zum Nachteil der Informations- und Meinungsvielfalt, die mit dem Niedergang der regionalen Medien einhergeht. Höchste Zeit also, dass sich die Politik darum kümmert.

Topaktuell: Nach der Weltwoche ist nun auch die Basler Zeitung in die Hände derjenigen geraten, die in der Weltwoche holzschnittartig mit Fakten umgehen. Das lässt aufhorchen. Die Politik sollte sich deshalb weniger darum kümmern, wie oft sie selbst grell beleuchtet im Schaufenster steht, sondern vielmehr darum, ob es noch Schaufenster gibt, die auch so gefertigt sind, dass wichtige und richtige Informationen transportiert werden können – der Demokratie zuliebe.

Peter Gomm, SP-Regierungsrat aus Olten

## Pflegefinanzierung, eine bittere Pille

Neue Pflegefinanzierung – wie bitter wird die Pille für Pflegebedürftige und Gemeinden? Die unendliche Geschichte KVG und Gesundheitskosten erhält ein weiteres Kapitel. Die Pflegefinanzierung wird neu geordnet. Künftig soll klar unterschieden werden zwischen Pflegeleistungen, der Unterkunft und Verpflegung sowie der Betreuung. Mit der neuen Regelung für die Akut- und Übergangspflege werden die Kosteneinsparungen, die sich aus dem neuen Modell DRG ergeben, teilweise kompensiert. Neu müssen Patientinnen und Patienten bei der Akut- und Übergangspflege die Kosten der Hotellerie übernehmen und im Pflegeheim und für Spitexleistungen werden Patientinnen und Patienten stärker an den Pflegekosten beteiligt. Sie bezahlen zusätzlich 20 Prozent der vom Bund festgelegten Krankenkassenfixbeiträge. Damit erhöhen sich die Pflegekosten gegenüber heute um 40 Prozent. Mit der Verteuerung der Spitexleistungen werden mehr Menschen abhängig von Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfeleistungen. Der Regierungsrat führt zwar aus, dass das neue Modell für die Gemeinden nicht kostenrelevant sei. Dass aber mehr – vor allem ältere – Menschen Sozialhilfe beziehen müssen, ist ein unschöner und nicht sinnvoller Effekt dieser neuen Regulierung.

Mit der Veränderung des Systems wird in Kauf genommen, dass Menschen vermehrt von Sozialhilfe abhängig werden. Ein System wird zu Lasten der Schwächsten korrigiert und generiert neue Abhängigkeiten von zusätzlichen Leistungen? Ist das ein Fortschritt in unserem Gesundheitswesen?



**Evelyn Borer,**  
SP-Kantonsrätin,  
Dornach

## OPFERHILFE

# SP-Fraktion kritisiert geplante Neuregelung

Gemäss Opferhilfegesetz sorgen die Kantone dafür, dass fachlich selbstständige und unabhängige öffentliche oder private Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Seit 2003 führt die Frauenzentrale Aargau gestützt auf einen Leistungsauftrag des Kantons Solothurn eine unabhängige Beratungsstelle für Opfer von Straftaten. Die Beratungsstelle leistet unter anderem den Opfern und seinen Angehörigen sofort Hilfe für die dringendsten Bedürfnisse, die als Folge von Straftaten gegen die sexuelle, körperliche und physische Integrität entstehen (Soforthilfe). Diese Soforthilfe wurde bisher von der Beratungsstelle am Hauptstandort in Aarau sowie teilweise am Standort Solothurn erbracht. Da auch der Kanton Aargau seine Opferberatungsstelle mit einem eigenen Leistungsauftrag durch die Frauenzentrale Aargau führen liess, kam es zu Synergien. Nachdem der Kanton Aargau seinen Leistungsauftrag

mit der Frauenzentrale Aargau per Ende 2010 aufgelöst hat, hat auch der Kanton Solothurn seinen per Ende 2010 auslaufenden Leistungsauftrag nicht mehr erneuert. Der Kanton Solothurn beabsichtigt gemäss Medienberichten, sich ab 2011 an einer verwaltungsinernen Lösung des Kantons Aargau zu beteiligen. Dies hat die Fraktion veranlasst eine überparteiliche dringliche Interpellation einzureichen, wobei sie von den andern Parteien Unterstützung erhalten hat. In den Antworten konnte der Regierungsrat keine befriedigende Antwort zu den Fragen über die Ausgestaltung der neu zu installierenden Beratungsstelle geben. Zwar räumte der Regierungsrat ein, dass er um die strengen Anforderungen an die Unabhängigkeit dieser ersten Anlaufstelle für die Opfer wisse, konnte aber nicht darlegen, wie diese Unabhängigkeit bei einer Integration der Opferberatung in die Verwaltung des Kantons Aar-

gau gewährleistet werden und wie weit der Kanton Solothurn auf die Ausgestaltung als Juniorpartner überhaupt Einfluss nehmen kann. Der Regierungsrat erachtet es als ehrgeizig, aber möglich bis Ende 2010 eine funktionsfähige Opferberatungsstelle zu realisieren. Sollte dies nicht gelingen, zieht der Regierungsrat in Betracht, die Aufgabe an das Amt für soziale Sicherheit zu delegieren. Diese Vorstellung, dass die Opfer auf der Verwaltungsstelle anklopfen müssen, wurde von allen Parteien als nicht akzeptabel, gar als bundesrechtswidrig bezeichnet. Der Departementsvorsteher Peter Gomm versprach in der Sache rasch vorwärts zu machen.



**Susanne Schaffner**  
SP-Kantonsrätin, Olten

## AKW GÖSGEN – STÖRFALL

# Gesetz verletzt, doch Regierung zeigt kein Interesse

Im März 2009 meldete das AKW Gösgen einen Störfall, der sich am 24. Juni 2008 ereignete. Zwei sicherheitsrelevante Gleichrichter fielen aus. Das AKW wurde nach Behebung der Störung – ohne Kenntnis der Ursache und unter Missachtung der Meldepflicht – wieder angefahren. Nun liegt die Antwort der Regierung auf die Interpellation vor. Anstelle fundierter Auskunft zum Sachverhalt bezeugt die Regierung als Vertreterin des Kantons und Mitglied im Verwaltungsrat ein blindes Vertrauen in die Atomindustrie.

Bei der Beantwortung der Fragen hält die Regierung fest, dass

weder Gesetzesverletzung noch Sicherheitsmängel, die Mitverantwortung für die Versorgung oder die verzögerte Information sie zu spezieller Intervention veranlasst hätte. Vielmehr wird in Aussicht gestellt, dass die Aufsichtsbehörde den Vorfall untersuche und sie volles Vertrauen in die angeordneten Sofort-Massnahmen habe.

Dabei zeigte sich, dass offenbar bei einem Auto das Servicebüchlein besser Auskunft über Unterhalt und Zustand des Fahrzeuges gibt, als dies beim AKW Gösgen der Fall war. Die Regierung nimmt offensichtlich die Beteiligung in der Branche als Finanzanlage an-

stelle verantwortungsvoller Sicherung der Energieversorgung wahr.

Die Bevölkerung mehrerer Nachbarländer darf erleben, dass ihre Regierung das Risiko der Atomindustrie analysierte und deren BewohnerInnen keiner entsprechenden Gefahr mehr aussetzen will. Ich wäre schon dankbar, wenn die Regierung Fragen unvoreingenommen beantwortet.



**Philipp Hadorn,**  
Co-Präsident NWA-SO,  
ist Kantons- und Gemeinderat und lebt mit seiner Familie in Gerlafingen  
[www.philipp-hadorn.ch](http://www.philipp-hadorn.ch)

# Wie lange noch will der Regierungsrat Brady Dougans «Lohn» mitfinanzieren?

**Mindestens einmal im Jahr tun unsere Grossbanken – durch direkte Subventionen und eine faktische Staatsgarantie gerade noch am Leben gehalten – kund, wie sie ihre Grossverdiener halten. Umgehend führt dies in der Öffentlichkeit zu Wogen der Empörung. Zu Recht, denn die Gesellschaft darf wohl schon erwarten, dass sich Manager, die den Erhalt ihres Arbeitsplatzes staatlichen Subventionen verdanken, in ihren Gehaltsansprüchen bescheiden.**

Markus Schneider

Die letzten Spritzer dieser Empörungswoge haben selbstverständlich auch das Bundeshaus erreicht. Selbst Bundesräte, die ansonsten ganz in ihrer Bestimmung als Lakaien der Grossbanken aufgehen, sehen sich mittlerweile genötigt, deren Management zumindest verbal an die Kardinaltugend der Mässigung zu erinnern. Wirksame Massnahmen hat Bundesbern allerdings bisher nicht zustande gebracht.

Dabei ist die angesprochene Vergütungspolitik in dreifacher Hinsicht politisch relevant:

- Die Bonuspolitik der Finanzindustrie schafft systematische Fehlanreize und war damit ein wesentlicher Treiber der Finanzkrise, wie mehrere ökonomische Studien übereinstimmend belegen.
- Die faktische Staatsgarantie für die Grossbanken kommt einer indirekten Subvention von jährlich 4 bis 5 Milliarden Franken gleich.
- Die überrissenen «Vergütungspakete» werden von den Kunden mitfinanziert, also – insofern er Geschäftsbeziehungen mit diesen Instituten pflegt – zum Beispiel auch vom Kanton und indirekt von den Steuerzahlerinnen und -zahlern (im Fall der Staatskasse), von den Prämienzahlerinnen und



© Niklaus Weipfer

-zahlern (im Fall der Gebäudeversicherung) und von den versicherten Staatsangestellten (im Fall der Pensionskasse).

## **Betroffen ist ein riesiges Finanzvolumen**

Rasch, einfach und wirksam wäre es deshalb, wenn die öffentlich-rechtlichen Körperschaften (also Bund, Kantone, Gemeinden mit ihren öffentlich-rechtlichen Anstalten) mit all jenen Finanzinstituten keine Geschäftsbeziehungen mehr unterhalten würden, die in ihrer Salärpolitik bestimmte Grenzen überschreiten. Allein schon im Fall des Kantons Solothurn wäre dies ein Finanzvolumen, das die Milliardengrenze weit übersteigt.

## **Antworten sind für die SteuerzahlerInnen wichtig**

Würde der Kanton fortan den Fortbestand der Geschäftsbeziehung mit einem Finanzinstitut auch an dessen Salärpolitik knüpfen, handelte er nicht nur wirksam, sondern auch im eigenen Interesse nachhaltig. Ich habe mir deshalb erlaubt, in einer Interpellation den Regierungsrat zu fragen:

- in welchem Umfang der Kanton und seine Anstalten Geschäftsbeziehungen mit den Grossbanken pflegen;
- ob das öffentliche Interesse in den Geschäftsbeziehungen des Kantons mit den angesprochenen

Finanzinstituten angesichts der volkswirtschaftlich schädlichen und gesellschaftspolitisch explosiven Vergütungspolitik dieser Institute genügend gewahrt werde;

- ob der Regierungsrat bereit sei, künftig bei seiner Anlagepolitik bzw. bei der Mittelbeschaffung auf dem Kapitalmarkt künftig nur noch Finanzinstitute zu berücksichtigen, die in ihrer Vergütungspolitik anerkannte ethische Standards einhalten.

Es ist verantwortungslos, wenn aus dem Kanton Solothurn mit Steuergeldern, Zwangsabgaben von Staatsangestellten und Prämienzahlungen von Hauseigen-

tümern die überzogenen Renditen von Investmentbanken und Vermögensverwaltungen in Zürich oder sonstwo finanziert werden – und damit die überrissenen Saläre von deren Managern. Das schmälert nicht nur den Ertrag, der diesen Versicherten oder Steuerzahlern eigentlich zustünde, sondern es schmälert die volkswirtschaftliche Substanz unseres Kantons insgesamt.



**Markus Schneider,**  
Kantonsrat und Fraktions-  
chef der SP, Solothurn

## **Die SP-Fraktion ist gegen die Erhöhung von Schulgebühren**

Der Regierungsrat möchte per Verordnung die Schulgelder und Schulgebühren an der Höheren Fachschule in Grenchen massiv erhöhen. Für die SP-Fraktion gibt es dazu keinen Grund, sie hat deshalb das Veto ergriffen. Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die anschliessend die Höhere Fachschule im Bereich Technik besuchen, sollen gemäss Regierungsrat ab dem 1. März 2011 mehr als das Doppelte an Semestergebühren bezahlen. Dies verlangt der Regierungsratsbeschluss vom 10.

August. Gegen diesen Beschluss hat die SP-Fraktion mit den dafür notwendigen Unterschriften das Veto eingereicht. Es ist nicht ersichtlich, weshalb in einer einzigen Schule diese Gebührenerhöhung vollzogen werden soll – und erst noch im Bereich der Technik, wo es einen Mangel an Fachkräften gibt.



**Urs von Lerber,**  
SP-Kantonsrat,  
Luterbach

## Mitglieder sammeln Unterschriften für Cleantech



In über 15 Sektionen haben viele Mitglieder am 21. August Unterschriften für die Cleantech-Initiative gesammelt und sind dabei auf ein überwältigend positives Echo gestossen. Die Aktion war gesamtschweizerisch ein Grosse Erfolg und wird am 16. Oktober wiederholt.

Allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön!

### PAROLEN

Parolen der SP Kanton Solothurn für die Abstimmungen vom 26. September, beschlossen am Parteitag vom 19. August

#### Kantonale Vorlagen

##### JA

- Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat): Einstimmig
- Änderung der Kantonsverfassung als Folge des HarmoS-Konkordates: Einstimmig
- Änderung der Kantonsverfassung: Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung: Grossmehrheitlich
- Transfer Klinik Allerheiligenberg: Mehrheitlich

##### NEIN

- Änderung der Kantonsverfassung: Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (Abschaffung der Arbeitsgerichte): Einstimmig

#### Nationale Vorlage

##### NEIN

- zum Abbau der Arbeitslosenversicherung (AVIG): Einstimmig

#### IMPRESSUM

SP Kanton Solothurn, Rossmarktplatz 1, Postfach 1555, 4502 Solothurn  
Telefon 032 622 07 77, info@sp-so.ch  
Adressänderungen bitte direkt an: linksabo@spschweiz.ch

zäme spiele.  
zäme lehre.



Solothurn sagt Ja am 26. September.

**Ja zu Harmos.** ✓

[www.ja-zu-harmos.ch](http://www.ja-zu-harmos.ch)

Spenden: PC-Konto 40-386909-9